

Albrecht von Lucke

Kontrollverlust und Selbstgefährdung

Die Affären bei Lidl, Siemens u.a. sind Anzeichen für eine gefährliche Verselbstständigung der Ökonomie und einen zunehmenden Machtverlust der demokratischen Institutionen. Langfristig werden dadurch die kulturellen und zivilisatorischen Grundlagen des Gemeinwesens zerstört. Bringt die Berliner Republik die erforderlichen Abwehrkräfte auf, um diesen Angriffen erfolgreich zu begegnen?

Erst waren es mit *Lidl*, *Aldi* und *Schlecker* nur die »Schmuddelkinder«, doch dann folgte *Siemens* – und schließlich auch die *Deutsche Telekom*. Nach den jüngsten Enthüllungen, wonach selbst im einstigen Staatsmusterbetrieb – bei dem der Bund noch immer größter Einzelaktionär ist –, gewerkschaftsnahe Aufsichtsräte und kritische Journalisten systematisch bespitzelt wurden, scheint kaum ein Bereich der Wirtschaft vor rechtswidrigen Übergriffen mehr sicher. Der Fraktionsgeschäftsführer der CDU im Bundestag, Norbert Röttgen, sieht bereits die gesamte deutsche Wirtschaft durch Fehlverhalten Einzelner gefährdet. Und die Bundeskanzlerin warnt vor einem dramatischen Vertrauensverlust der sozialen Marktwirtschaft.

Tatsächlich aber reichen die Skandale in ihrer Wirkung weit über die Selbstzerstörung der Ökonomie hinaus – und rühren an die Grundfesten des demokratischen Gemeinwesens. Mit dem »Ausmisten des Saustalls *Telekom*«, das Dieter Wiefelspütz fordert, dürfte es deshalb nicht getan sein.

Verselbstständigung der Ökonomie

Der CDU-Haushaltsexperte Steffen Kampeter trifft dagegen einen richtigen Punkt, wenn er den jüngsten Skandal in einem Atemzug mit der *Spiegel*-Affäre von 1962 nennt. Tatsächlich haben *Spiegel*- und Spitzel-Krise eines gemeinsam: Bei beiden handelt es sich um eine Verletzung maßgeblicher Grundfreiheiten der liberalen Demokratie. Gleichzeitig unterscheiden



Albrecht von Lucke

(* 1967) ist Redakteur der *Blätter für deutsche und internationale Politik* in Berlin. Im Wagenbach-Verlag erschien: *68 oder neues Biedermeier. Der Kampf um die Deutungsmacht.*

albrecht.vonlucke@blaetter.de

sich die beiden Skandale an entscheidender Stelle: Während bei der *Spiegel*-Affäre die Bedrohung vom Staat ausging – in Person des damaligen Verteidigungsministers Franz Josef Strauß –, haben wir es heute mit einer gefährlichen Verselbstständigung der Ökonomie zu tun. Und dafür ist die *Telekom*-Affäre eher Symptom als Kern der Angelegenheit.

Was wir derzeit erleben, ist eine erstaunliche Machtverschiebung, zu Lasten der Politik und zugunsten der Ökonomie – auch infolge zunehmenden Machtverlustes der demokratischen Institutionen und aufgrund deren Versagens bei der Ausübung ihrer Kontrollfunktion.

Wenn heute scheinbar flächendeckend, ob bei *Lidl* oder der *Telekom*, die Privatsphäre der Angestellten überwacht und bis ins Kleinste, etwa der private Kontakt zu Kollegen, reglementiert oder gar untersagt wird, zielt dies letztlich auf totale Kontrolle. Damit findet in extremer Weise statt, was Jürgen Habermas einst die »Kolonialisierung der Lebenswelten« nannte. Agenten dieser Eingriffe in die individuellen Rechte sind bei Habermas Staat und Ökonomie. Doch heute ist es, trotz des Ausbaus der Überwachungsmöglichkeiten im Zuge der

Terrorbekämpfung, nicht in erster Linie der Staat, der die Freiheiten der Bürger gefährdet, sondern die Wirtschaft.

Das Ende des Modells Deutschland

Der Beginn dieser Machtverschiebung ist leicht zu terminieren: 1989, mit dem Ende der Bipolarität des Kalten Krieges, ist der Wirtschaft und insbesondere den transnational operierenden Großunternehmen mit der »Globalisierung« ein perfektes Erpressungsmittel erwachsen – realer, aber teilweise auch nur imaginierter Art. Die globale Konkurrenz hat zu einem permanenten Unterbietungswettbewerb geführt – erst der ökonomischen und dann der politischen »Werte«, sprich: erst der Preise, insbesondere der für Arbeit, und dann der demokratischen Standards.

Was wir derzeit erleben, ist die zunehmende Verselbstständigung der ökonomischen Imperative: nach innen wie nach außen. Im Wettbewerb im eigenen Land oder mit autoritären Staaten wie Russland und China werden Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch von der deutschen Industrie immer mehr als Störfaktor wahrgenommen – beim Verhalten gegenüber den eigenen Angestellten (*Lidl*) wie gegenüber den Konkurrenten am Markt im Kampf um die lukrativsten Aufträge (*Siemens*).

Damit endet das, was die Bonner Republik einst ausgezeichnet hat, die Befriedung der ökonomischen Antagonismen. Im Wahlkampf 1976 definierte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt das »Modell Deutschland« wie folgt: Während es üblicherweise drei Produktionsfaktoren gebe – Arbeit, Kapital und Boden –, habe Deutschland einen zusätzlichen vierten: den sozialen Frieden. Heute wird dieser Frieden seitens der Wirtschaft zunehmend aufgekündigt.

Gleichzeitig erweist sich, dass der gesellschaftliche Frieden der alten Bundes-

republik aus einer ganz spezifischen historischen Situation erwuchs, in der die Einhegung der ökonomischen Machtstrukturen gelang. Heute lernen wir die alte Bundesrepublik notgedrungen als geschichtliches Transitorium zu begreifen – und damit auch wieder die eigentlichen kapitalistischen Imperative.

Rechtsfreie Räume

Für sich genommen, ist jeder Betrieb ein machtstrukturiertes Unternehmen, das allein dem Imperativ der Profitmaximierung verpflichtet ist. Dieser Zweck heiligt, wie sich jetzt wieder zeigt, grundsätzlich die Mittel. Ohne Regulierung funktioniert folglich jedes Unternehmen als rechtsfreier Raum, in dem die Normen des Grundgesetzes nicht per se Gültigkeit haben.

Das gilt sowohl nach innen, innerhalb der Betriebe, als auch nach außen, im globalisierten Marktgeschehen. Gegenwärtig zeigt sich besonders deutlich, dass von einer wundersam heilenden unsichtbaren Hand auf den globalen Märkten nicht die Rede sein kann. Vielmehr tendiert der nicht-regulierte Kapitalismus dazu, die für das reibungslose Funktionieren der Warenproduktion und für ihren Austausch eigentlich erforderlichen kulturellen und zivilisatorischen Grundlagen immer wieder zu zerstören. Diese permanente Selbstzerstörung ist also keineswegs notwendig schöpferisch im Schumpeterschen Sinne, sondern untergräbt die systemischen Funktionsbedingungen. Das zeigt sich bei der generellen Tendenz zur Entstehung von Monopolen ebenso wie bei der anhaltend dramatischen Finanz- und Hypotheken-Krise.

Ohne Hegung tendiert der Kapitalismus zur rücksichtslosen Ausbeutung seiner Ressourcen, der Produktivkräfte Arbeit und Umwelt. Insofern kann es auch nicht verwundern, dass die neoliberale Doktrin letztlich auf dem Gesetz des Dschungels

und dem darwinistischen *Survival of the fittest* basiert. Jede Befriedung muss den Unternehmen und der Gesamtwirtschaft folglich gesetzlich abgerungen werden. Dies geschah in der Zeit nach Ende des Zweiten Weltkriegs – aufgrund der Erfahrungen der ersten Hälfte des Jahrhunderts – und vor allem in den sozialliberalen 70er Jahren. Die alte Bundesrepublik konnte letztlich nur deshalb so erfolgreich sein, weil diese Befriedung gelang.

In den 40 Jahren der Bonner Republik akzeptierten die Unternehmen das Modell Deutschland – doch keineswegs primär aus eigenem Antrieb, sondern weil sie gezwungen wurden, Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und ihren Arbeitnehmern zu übernehmen, unter partiellen Abstrichen bei den eigenen Renditeinteressen. Daraus erwuchsen gesellschaftliche Errungenschaften wie Demokratisierung und Mitbestimmung in den Unternehmen.

Heute erleben wir, wie die jüngsten Skandale belegen, einen dramatischen Rückschritt. Die Gesellschaft teilt sich

mehr und mehr in zwei Räume – einen (noch) gehegten öffentlichen Raum und einen zunehmend rechtsfreien Raum innerhalb der Unternehmen, der aber immer stärker in den öffentlichen Raum hineinwirkt.

Korruption und Kontrollverlust

Inwieweit sich ohne eine Regulierung die unternehmerischen Profitmaximierungsinteressen verselbstständigen, belegt die jüngere Industriegeschichte. Weil die deutsche Gesetzgebung die Bestechung bis 1998 (durch steuerliche Absetzbarkeit) förderte, entwickelte sich in deutschen Betrieben eine regelrechte Korruptionskultur. Wie wir heute wissen, baute etwa der *Siemens*-Konzern in dieser Zeit ein Korruptionsnetzwerk in fast allen Bereichen des Betriebes auf, um im globalen Markt mit allen Mitteln zu reüssieren.

Die Kosten, die bei der Aufklärung dieser Affäre entstanden sind, belaufen

sich bereits heute auf über 1,4 Mrd. Euro. Wenn einstige Manager deshalb wegen Korruption angeklagt werden, ist die Begründung immer dieselbe: Es sei keine Bereicherung im eigenen Interesse gewesen, sondern man habe bloß den Erfolg des Unternehmens (und damit des Landes) im Auge gehabt.

Auf diese Weise gleichen die Entschuldigungen etwa der *Siemens*-Manager bis in den Wortlaut jener Begründung, die Kanzler Helmut Kohl nach Aufdeckung seiner Spendentätigkeit Ende 1999 abgab. Auch er behauptete, nur im Interesse des Landes und, mehr noch, der eigenen Partei gehandelt zu haben, während es faktisch doch immer (wenigstens auch) um das eigene Fortkommen ging. Was vordergründig zum Wohl des Landes bzw. des Unternehmens geschieht, dient letztlich dem Ausbau der individuellen Machtstellung. Das persönliche Fortkommen, die eigene Karriere ist der eigentliche Antrieb – ob im Unternehmen oder in der Politik.

Die Selbstaufgabe der Politik

Für sich allein genommen wären all diese Entwicklungen nicht das zentrale Problem – wenn nicht gleichzeitig die Politik gegenüber der Ökonomie immer mehr Einfluss selbst aufgab. Damit kommen wir tatsächlich jenem »Marktstaat« (*Philip Bobbit*) immer näher, vor dem Erhard Eppler so eindringlich warnt (vgl. seinen Essay in NG/FH 6/2008).

Im nationalen Rahmen geht der Machtzuwachs der Wirtschaft einher mit einem permanenten Abbau der betrieblichen Mitbestimmung – und einer fortschreitenden Schwächung der Gewerkschaften. Gleichzeitig werden immer mehr Gesetze durch Lobbyisten regelrecht »gemacht«, wie dies soeben Sascha Adamek und Kim Otto in ihrer erhellenden Studie *Der gekaufte Staat* für die Gesetzgebung auf bundesdeutscher und europäischer Ebene nachgewiesen ha-

ben. Längst nicht nur, aber insbesondere auf EU-Ebene zieht sich der eigentliche, gesetzlich vorgesehene Gesetzgeber immer mehr in die Abgeschlossenheit der Lobbies zurück. Die Geheimpolitik des Hinterzimmers ersetzt auf diese Weise Deliberation und öffentliches Raisonnement.

All das geschieht in Verbindung mit der zunehmenden Überlastung der Bundestagsabgeordneten, die sich angesichts der Komplexität der Gesetzesvorhaben anscheinend immer mehr auf die »von oben« abgesegnete Fraktionsposition verlassen. So wurde jüngst nur durch den puren Zufall in Gestalt eines aufmerksamen Abgeordneten (noch rechtzeitig) aufgedeckt, dass das Parlament quasi zufällig, im Kleingedruckten, den Ausverkauf der Bundesbahn beschlossen hatte.

Der Rückzug der Öffentlichkeit

Bei alledem bleibt ein Hoffnungsschimmer: Diesen brachte just Ex-*Telekom*-Manager Kai-Uwe Ricke auf den Punkt, als er klagte: »Die *Telekom* ist wie ein Schweizer Käse. Alles kommt raus.« Hier zeigt sich: Die Medienöffentlichkeit funktioniert – noch, muss man hinzufügen.

Eine funktionierende, engagierte Öffentlichkeit war das große Ziel – und vielleicht wichtigste politische Gut – der alten Bundesrepublik. Deswegen wurden die Grundrechte der Meinungs-, Demonstrations- und Pressefreiheit vom Bundesverfassungsgericht als für die Demokratie »schlechthin konstituierend« definiert. In der *Spiegel*-Affäre kam es vor bald 50 Jahren zum ersten Mal zum Schwur. Damals konnte der Angriff des Staates erfolgreich abgewehrt werden: Der kurzzeitig inhaftierte Rudolf Augstein kam frei und Strauß musste zurücktreten.

Heute erleben wir wieder einen dramatischen »Strukturwandel der Öffentlichkeit« (*Habermas*). Dabei droht mehr und mehr der Rückzug der Demokratie –

durch den Verlust der kritischen Öffentlichkeit als Kontrollorgan. Derzeit findet ein zweifacher Angriff statt, nämlich passiver und aktiver Art – *erstens* in Form des wachsenden privaten Desinteresses an politischer Kontrolle und der zunehmenden Bereitschaft der »Bürger«, sich und ihre eigenen Daten völlig zu offenbaren (insbesondere im Internet), und *zweitens* durch das gezielte Machtinteresse der Ökonomie, an alle erreichbaren Daten auch zu gelangen, um immer stärker unter Ausschluss der kontrollierenden Öffentlich-

keit agieren bzw. die kritischen Medienvertreter kontrollieren zu können, wie im Falle der *Siemens-Spitzelaffäre*.

Diese beiden Faktoren, Desinteresse der Bürger und Kontrollinteresse der Wirtschaft, bedingen und verstärken sich wechselseitig und fordern die Demokratie massiv heraus. Es wird deshalb entscheidend darauf ankommen, ob die Berliner Republik die erforderlichen Kräfte aufbringt, um diese Angriffe auf die demokratische Öffentlichkeit in Zukunft erfolgreich abzuwehren.

Elmar Altvater

Den globalen Kapitalismus regulieren

Seit mehr als 200 Jahren kursiert das liberale Mantra, der Wettbewerb treibe den Erfindergeist an, vertiefe die internationale Arbeitsteilung und steigere daher die Produktivkräfte und den »Wohlstand der Nationen«. Auch wenn das für manchen immer noch wie die Frohe Botschaft klingt, zeigt doch die Vielzahl an Krisen: Der globale Kapitalismus muss politisch reguliert werden. Aber wie?

Schon im 19. Jahrhundert kamen Zweifel an der liberalen Theorie von der segensreichen Wirkung der »unsichtbaren Hand« des Marktes auf. Wenn man von der Marx'schen Fundamentalkritik an der klassischen politischen Ökonomie absieht, war es besonders Friedrich List, der die von ihm so genannte »kosmopolitische Schule« des unregulierten Freihandels kritisierte. Sie sei als Theorie der Entwicklung von produktiven Kräften gänzlich ungeeignet. Der Markt mit seiner »unsichtbaren Hand« könne die sichtbare Hand einer Politik der Wirtschaftsförderung nicht ersetzen. Wenn die Marktkräfte sich selbst überlassen werden, kann sich sogar eine reiche Ressourcenausstattung in eine Entwicklungsblockade, Rohstoffreichtum in einen »Rohstofffluch« verwandeln.

Wie unverzichtbar politische Regulierung ist, hat auch der Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi gezeigt. Unregulierte Märkte



Elmar Altvater

(* 1938) war 1970 bis 2004 Professor für Politikwissenschaften an der FU Berlin. Zahlreiche Publikationen über Globalisierung, globale Umweltprobleme und Finanzmärkte sowie die Zukunft der europäischen Integration.

altvater@zedat.fu-berlin.de

wirken wie eine »Satansmühle«, nämlich zerstörerisch insbesondere auf die Arbeit und die Natur. Dies zeigt sich auch bei Betrachtung der Globalisierung. Märkte sind expansiv in Zeit (Beschleunigung) und Raum (geografische Ausdehnung). Der Planet ist inzwischen ein globaler Marktplatz, und immer noch wird alles in die Welt der Werte hineingezogen, »in Wert gesetzt«. Die letzten geschlossenen Ökonomien werden geöffnet. Das erdnahe Weltall wird für die satellitengestützte kommerzielle Telekommunikation genutzt. Auch